

Deutschland-Frankfurt am Main: IT-Dienste: Beratung, Software-Entwicklung, Internet und Hilfestellung

OJ S 166/2023 30/08/2023

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Universitätsklinikum Frankfurt

Postanschrift: Theodor-Stern-Kai 7

Ort: Frankfurt am Main

NUTS-Code: DE712 Frankfurt am Main, Kreisfreie Stadt

Postleitzahl: 60590

Land: Deutschland

Kontaktstelle(n): Latocha, Eva

E-Mail: vergabeabteilung@kgu.de

Telefon: +49 6963010

Internet-Adresse(n):Hauptadresse: <http://www.kgu.de>**I.3. Kommunikation**

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten

Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: [https://bieterzugang.deutsche-evergabe.de](https://bieterzugang.deutsche-evergabe.de/evergabe.bieter/api/external/deeplink/subproject/2c9909f0-f641-4658-addb-95c2d29b5961)[/evergabe.bieter/api/external/deeplink/subproject/2c9909f0-f641-4658-addb-95c2d29b5961](https://bieterzugang.deutsche-evergabe.de/evergabe.bieter/api/external/deeplink/subproject/2c9909f0-f641-4658-addb-95c2d29b5961)

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://bieterzugang.deutsche-evergabe.de/evergabe.bieter/api/external/deeplink/subproject/2c9909f0-f641-4658-addb-95c2d29b5961>**I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers**

Einrichtung des öffentlichen Rechts

I.5. Haupttätigkeit(en)

Gesundheit

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung**II.1.1. Bezeichnung des Auftrags**

Projektunterstützung im KHZG Projekt: Leitstand

Referenznummer der Bekanntmachung: 2023052

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

72000000 IT-Dienste: Beratung, Software-Entwicklung, Internet und Hilfestellung

II.1.3.

Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Das Krankenhauszukunftsgesetz (KHZG) ist ein Gesetz, das im September 2020 in Deutschland verabschiedet wurde und die Digitalisierung der Krankenhäuser in Deutschland fördern soll. Das Gesetz stellt insgesamt fünf Milliarden Euro zur Verfügung, um Investitionen in die digitale Infrastruktur der Krankenhäuser zu ermöglichen. Dadurch soll unter anderem die Digitalisierung der Krankenhausprozesse und die Einführung von Telemedizin und digitalen Patientenakten vorangetrieben werden.

Das KHZG enthält spezifische Regelungen, wie die Mittel verwendet werden sollen und welche Bedingungen die Krankenhäuser erfüllen müssen, um die Förderung zu erhalten. Die Umsetzung des KHZG wird von verschiedenen Akteuren wie dem Bundesministerium für Gesundheit und den Krankenhausträgern in Deutschland vorangetrieben.

Zur Umsetzung wird im Rahmen der Förderrichtlinien zum KHZG eine Unterstützung in Form eines erfahrenen Projektleiters für das UKF gesucht.

Innerhalb des KHZG Projektes werden folgende Ziele verfolgt:

Aufbau Zentrale Leitstelle mit dem Ziel relevante Informationen zu Prozessen und Ressourcen (in Echtzeit) transparent zu machen und somit Personal maximal und sinnvoll auszulasten und Entscheidungsfindung und Kommunikation zu verbessern

Implementieren Clinical Decision Support als Unterstützungshilfe. Speziell angepasste Künstliche Intelligenz an Erfahrungslevel des Personals (Rollen & Skills). Ergänzt durch intelligentes Monitoring

Integrierte Übersicht & proaktives Handeln. Ein an Bedarf angepasstes Bettenmanagement, bei der die Bedürfnisse und Anforderungen verschiedener Stakeholder im UKF berücksichtigt werden (z.B. Ökonomisierung, fokussierte Betreuung des Patienten)

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.2. Weitere(r) CPV-Code(s)

72220000 Systemberatung und technische Beratung

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DE712 Frankfurt am Main, Kreisfreie Stadt

Hauptort der Ausführung: Frankfurt am Main

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Das Krankenhauszukunftsgesetz (KHZG) ist ein Gesetz, das im September 2020 in Deutschland verabschiedet wurde und die Digitalisierung der Krankenhäuser in Deutschland fördern soll. Das Gesetz stellt insgesamt fünf Milliarden Euro zur Verfügung, um Investitionen in die digitale Infrastruktur der Krankenhäuser zu ermöglichen. Dadurch soll unter anderem die Digitalisierung der Krankenhausprozesse und die Einführung von Telemedizin und digitalen Patientenakten vorangetrieben werden.

Das KHZG enthält spezifische Regelungen, wie die Mittel verwendet werden sollen und welche Bedingungen die Krankenhäuser erfüllen müssen, um die Förderung zu erhalten. Die Umsetzung des KHZG wird von verschiedenen Akteuren wie dem Bundesministerium für Gesundheit und den Krankenhausträgern in Deutschland vorangetrieben. Zur Umsetzung wird

im Rahmen der Förderrichtlinien zum KHZG eine Unterstützung in Form eines erfahrenen Projektleiters für das UKF gesucht.

Innerhalb des KHZG Projektes werden folgende Ziele verfolgt:

- Aufbau Zentrale Leitstelle mit dem Ziel relevante Informationen zu Prozessen und Ressourcen (in Echtzeit) transparent zu machen und somit Personal maximal und sinnvoll auszulasten und Entscheidungsfindung und Kommunikation zu verbessern
- Implementieren Clinical Decision Support als Unterstützungshilfe. Speziell angepasste Künstliche Intelligenz an Erfahrungslevel des Personals (Rollen & Skills). Ergänzt durch intelligentes Monitoring
- Integrierte Übersicht & proaktives Handeln. Ein an Bedarf angepasstes Bettenmanagement, bei der die Bedürfnisse und Anforderungen verschiedener Stakeholder im UKF berücksichtigt werden (z.B. Ökonomisierung, fokussierte Betreuung des Patienten)

II.2.5. Zuschlagskriterien

Die nachstehenden Kriterien

Qualitätskriterium - Name: Projekterfahrung / Gewichtung: 28

Qualitätskriterium - Name: Berufserfahrung / Gewichtung: 17,5

Qualitätskriterium - Name: Transition-Konzept / Gewichtung: 10,5

Qualitätskriterium - Name: Betreuungskonzept / Gewichtung: 14

Preis - Gewichtung: 30

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Beginn: 01/11/2023 Ende: 31/12/2024

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: nein

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Bieter haben eine Eigenerklärung Unternehmensdaten mit folgenden Angaben abzugeben:

- Rechtsform
- Registergericht und HRA/HRB Nummer (sofern zutreffend)
- USt.ID-Nr.
- Adresse (Staat, Ort, Straße, Hausnr.)
- Ansprechpartner (Vorname, Name)

- Telefon

- Angaben für statistische Zwecke (VergStatVO).

Bietergemeinschaften und andere gemeinschaftliche Bieter haben in dem Angebot jeweils die Mitglieder

zu benennen sowie eines ihrer Mitglieder als bevollmächtigten Vertreter für den Abschluss und die

Durchführung des Vertrages zu bezeichnen. Die Vollmacht des Vertreters der

Bietergemeinschaft muss von

sämtlichen Mitgliedern unterschrieben sein und ist mit dem Teilnahmeantrag einzureichen. Im Angebot sind die Gründe

zur Bildung der Bietergemeinschaft darzulegen. Alle Mitglieder der Bietergemeinschaft haften gegenüber dem

Auftraggeber gesamtschuldnerisch.

Von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft sind die Eignungsnachweise nach Ziff. III.1.2 dieser

Bekanntmachung mit dem Angebot einzureichen.

Eignungsleihe:

Sofern ein Bieter im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle sowie die technische und

berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nehmen will, wird im Rahmen

der Eignungsprüfung überprüft, ob die Unternehmen, deren Kapazitäten der Bewerber oder Bieter für die

Erfüllung bestimmter Eignungskriterien in Anspruch nehmen will, die entsprechenden Eignungskriterien erfüllen

und ob Ausschlussgründe vorliegen.

Nimmt ein Bieter die Kapazitäten eines anderen Unternehmens im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche

und finanzielle Leistungsfähigkeit in Anspruch, so behält sich der Auftraggeber vor, eine gemeinsame Haftung

des Bieters und des anderen Unternehmens für die Auftragsausführung entsprechend dem Umfang der

Eignungsleihe zu verlangen.

Es wird ausdrücklich auf § 47 der Vergabeverordnung (VgV) hingewiesen.

Bieter haben eine Eigenerklärung Unternehmensdaten mit folgenden Angaben abzugeben:

- Rechtsform

- Registergericht und HRA/HRB Nummer (sofern zutreffend)

- USt.ID-Nr.

- Adresse (Staat, Ort, Straße, Hausnr.)

- Ansprechpartner (Vorname, Name)

- Telefon

- Angaben für statistische Zwecke (VergStatVO).

Bietergemeinschaften und andere gemeinschaftliche Bieter haben in dem Angebot jeweils die Mitglieder zu benennen sowie eines ihrer Mitglieder als bevollmächtigten Vertreter für den

Abschluss und die Durchführung des Vertrages zu bezeichnen. Die Vollmacht des Vertreters der Bietergemeinschaft muss von sämtlichen Mitgliedern unterschrieben sein und ist mit dem

Teilnahmeantrag einzureichen. Im Angebot sind die Gründe zur Bildung der

Bietergemeinschaft darzulegen. Alle Mitglieder der Bietergemeinschaft haften gegenüber dem Auftraggeber gesamtschuldnerisch.

Von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft sind die Eignungsnachweise nach Ziff. III.1.2 dieser

Bekanntmachung mit dem Angebot einzureichen.

Eignungsleihe:

Sofern ein Bieter im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle sowie die technische und berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nehmen will, wird im Rahmen der Eignungsprüfung überprüft, ob die Unternehmen, deren Kapazitäten der Bewerber oder Bieter für die Erfüllung bestimmter Eignungskriterien in Anspruch nehmen will, die entsprechenden Eignungskriterien erfüllen und ob Ausschlussgründe vorliegen.

Nimmt ein Bieter die Kapazitäten eines anderen Unternehmens im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit in Anspruch, so behält sich der Auftraggeber vor, eine gemeinsame Haftung des Bieters und des anderen Unternehmens für die Auftragsausführung entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe zu verlangen.

Es wird ausdrücklich auf § 47 der Vergabeverordnung (VgV) hingewiesen.

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

1. Angaben zur Eintragung in das Berufsregister Ihres Sitzes oder Wohnsitzes
2. Angabe zu Insolvenzverfahren und Liquidation.
3. Angabe, dass nachweislich keine schwere Verfehlung begangen wurde, die die Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellt.

4. Angaben zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung

5. Angabe zur Mitgliedschaft bei der Berufsgenossenschaft

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Zu 2:

Eigenerklärung, dass ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren weder beantragt noch eröffnet wurde, ein Antrag auf Eröffnung nicht mangels Masse abgelehnt wurde und sich das Unternehmen nicht in Liquidation befindet.

Zu 3:

Eigenerklärung, dass

- für das Unternehmen keine Ausschlussgründe gemäß § 123 oder § 124 GWB vorliegen.
- in den letzten zwei Jahren ich/wir nicht aufgrund eines Verstoßes gegen Vorschriften, der zu einem Eintrag im Wettbewerbsregister geführt hat, mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 Euro belegt worden bin/sind.

Ab einer Auftragssumme von 30.000 Euro wird der Auftraggeber für den Bieter, auf dessen Angebot der

Zuschlag erteilt werden soll, einen Auszug aus dem Wettbewerbsregister des Bundeskartellamts anfordern.

Zu 4:

Eigenerklärung, dass das Unternehmen seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit sie der Pflicht zur Beitragszahlung unterfallen, ordnungsgemäß erfüllt hat.

Falls das Angebot/Teilnahmeantrag in die engere Wahl kommt, wird eine

Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen vorgelegt.

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

1. 3 Referenzen mit einschlägigen Berufserfahrungen mit Bezug auf KRITIS
2. Erfahrung im klinischen Umfeld
3. Zertifizierung für das Durchführen von Projekten im KHZG- Förderrechtlinienkontext
4. Verhandlungssicher Deutsch und Englisch

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Zu 2. Mindestens 5 Jahre Erfahrung

Zu 3. Zertifizierung ist Mindeststandard

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Offenes Verfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

Die Bekanntmachung betrifft den Abschluss einer Rahmenvereinbarung

Rahmenvereinbarung mit einem einzigen Wirtschaftsteilnehmer

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 26/09/2023 Ortszeit: 13:00

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können

Deutsch

IV.2.6. Bindefrist des Angebots

Das Angebot muss gültig bleiben bis: 25/10/2023

IV.2.7. Bedingungen für die Öffnung der Angebote

Tag: 26/09/2023 Ortszeit: 13:00

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2. Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen

Aufträge werden elektronisch erteilt

Die elektronische Rechnungsstellung wird akzeptiert

Die Zahlung erfolgt elektronisch

VI.3. Zusätzliche Angaben

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium
Darmstadt

Postanschrift: Wilhelminenstraße 1-3

Ort: Darmstadt

Postleitzahl: 64283

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@rpda.hessen.de

Telefon: +49 6151126603

Fax: +49 611327648534

Internet-Adresse: <http://www.rp-darmstadt.hessen.de>

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Ein Nachprüfungsantrag ist gemäß § 160 Abs. 3 des Gesetzes gegen

Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)

unzulässig, soweit:

1) Der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor
Einreichen des

Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von
10

Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 GWB bleibt unberührt;

2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind,
nicht spätestens bis

zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur
Angebotsabgabe gegenüber

dem Auftraggeber gerügt werden;

3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind,
nicht spätestens bis

zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber
gerügt werden,

4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht
abhelfen zu

wollen, vergangen sind.

Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135
Absatz 1

Nummer 2.

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

25/08/2023